**Abs: Ort, Datum:**

**An:**

Prime Minister   
Mark Carney  
Office of the Prime Minister  
80 Wellington St.,   
Ottawa, ON, K1A 0A2  
KANADA

Sehr geehrter Herr Premierminister,

im Juni 2025 brachte die kanadische Regierung den [Gesetzentwurf C-2](https://www.parl.ca/legisinfo/en/bill/45-1/c-2) (Bill C-2) unter der Bezeichnung "Strong Borders Act" (Gesetz für starke Grenzen) ins Parlament ein. Der Gesetzentwurf sieht weitreichende Änderungen der bestehenden Vorschriften in den Bereichen Grenzsicherheit, Einwanderung, Asyl, Zoll und Strafverfolgung vor.

Der Gesetzentwurf C-2 würde das Recht auf Asyl untergraben und gefährliche behördliche Ermessensspielräume gewähren. Wer sich bereits länger als ein Jahr in Kanada aufhält, wäre gemäß dem Gesetzesvorschlag nicht in der Lage, seinen Asylantrag der Einwanderungsstelle (*Immigration and Refugee Board)* zur Prüfung vorzulegen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die Person bei einer Abschiebung in ihr Herkunftsland Verfolgung oder Folter ausgesetzt wäre. Der Gesetzentwurf räumt den Ministerien zudem weitreichende Befugnisse ein, im Namen des "öffentlichen Interesses" Aufenthaltsgenehmigungen oder die Erlaubnis zu arbeiten und zu studieren ohne faires Verfahren zu annullieren. Dieser vage formulierte Spielraum liefert zu viele Menschen dem Ermessen der politischen Institutionen aus.

Die vorgeschlagenen Änderungen unter Bill C-2 würden möglicherweise gegen völkerrechtliche verbriefte Rechte verstoßen. Rund um den Globus verfolgen Staaten zunehmend eine Asyl- und Migrationspolitik, die Schutzsuchende kriminalisiert, stigmatisiert und bestraft, und verstoßen damit gegen ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen. Die kanadische Regierung darf sich nicht in diese Riege einreihen und jenen, die internationalen Schutz suchen, den Rücken kehren. Vielmehr muss Kanada die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden schützen und den Gesetzentwurf C-2 unverzüglich zurückziehen.

Ich appelliere deshalb dringend an Sie, den Gesetzentwurf C-2 (Bill C-2) zurückzuziehen und stattdessen den völkerrechtlichen Verpflichtungen Kanadas auf Gewährung von Schutz, faire Verfahren und Achtung der Menschenwürde gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen